

Auswirkungen der fehlerhaften BAMF-Entscheidungen, Außenstelle Bremen, auf Hamburg | 11. Juni 2018

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

im Moment erleben wir sowohl auf Bundesebene - aber auch hier in Hamburg - wieder ein Aufflammen der Diskussion über die Flüchtlings- und Asylpolitik. Die Flüchtlingspolitik der vergangenen Jahre wird erneut polarisiert - diesmal durch den „Bremer-BAMF Skandal“. Das zeigt uns, der FDP, dass wir als Oppositionspartei den Finger in die Wunde legen müssen. Und das, liebe Kollegen und Kolleginnen, gilt sowohl auf Bundesebene als auch in Hamburg!

Für die Liberalen betone ich gleich hier, am Anfang meiner Ausführungen: Uns geht es um Aufklärung! Uns geht es um lösungsorientierte Antworten! Wir fordern eine offene demokratische Auseinandersetzung mit der Problematik! Denn genau das ist unser Auftrag! Als Opposition müssen wir das Handeln der Regierung kritisch kontrollieren und hinterfragen. Dem kommen wir auf Bundes- und auch auf Landesebene nach!

Je häufiger behördliches Fehlversagen öffentlich wird, desto größer werden die Hürden für diejenigen Flüchtlinge, die sich hier legal aufhalten und einen berechtigten Anspruch auf Integration haben. Auch ich würde hier heute viel lieber über Zukunftsthemen sprechen, bspw. Wie Integration gelingt oder über qualifizierte Einwanderung. Mein Appell geht an Sie alle, die schon zum Teil mehrere Legislaturperioden Politik betreiben! Wir dürfen der Gesellschaft nicht das Gefühl geben, bei der AfD Gehör zu finden! Wir müssen der Gesellschaft zeigen: Ordnung und klare Regeln und eben nicht Willkür und Bestechung entscheiden in unserem Rechtsstaat über das Aufenthaltsrecht eines Zugewanderten.

Was Sie bisher zu diesem Thema gesagt haben, liebe Kollegen und Kolleginnen, ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein! Dabei spreche ich über die 149 Asylentscheidungen, die im Zusammenhang mit dem Bremer BAMF-Skandal stehen und Hamburg betreffen! Das gilt aber auch in Bezug auf unsere bundespolitische Forderung nach einem Untersuchungsausschuss. Unser Anliegen ist, dass Vertrauen der Bürger in die Politik zu stärken und aus den in der Vergangenheit gemachten Fehlern Lehren für die Zukunft zu ziehen. Die AfD nutzt – wie erwartet – einmal mehr die Gelegenheit, um eine Anti-Merkel oder soll ich es so ausdrücken, eine Anti- Flüchtlings-Kampagne zu betreiben. Das überrascht wirklich niemanden mehr! Aufhetzen und Stimmungsmache, im Gewand der Tugend. Und auch heute ist der Tenor derselbe. Wie üblich hat Herr Nockemannl durch eine inhaltlich Verkürzung des Themas und

durch eine dramatische Inszenierung versucht Angst in der Gesellschaft zu schüren. Diese oberflächliche, ignorante und populistische Betrachtungsweise von sensiblen Themen hilft uns aber nicht, die eigentlich bevorstehenden Aufgaben in der Flüchtlings- und Asylpolitik zu lösen!

Wir Liberale können dieser Angst- schürenden, rückständigen und egoistischen Denk- und Lebensweise nicht folgen. Ja, soviel zu Ihnen, liebe AfD Kollegen! Ich würde mir wünschen, dass mehr Mut und Weltoffenheit in der Diskussion über den BAMF-Skandal und seine Auswirkungen auf Hamburg gezeigt wird. Und dieser Appell geht an Sie, liebe Kollegen und Kolleginnen von den anderen Parteien. Auf der Internetseite der CDU-Fraktion Hamburg – kein Wort zu den 149 Asylentscheidungen, die überprüft werden müssen. Und das gleiche gilt auch für die nicht vorhandenen Kommentierungen der Fraktionen, SPD, Grüne und die Linke! Liebe Kollegen und Kolleginnen von den Linken und Grünen, warum höre ich von Ihnen heute erstmals etwas zur Hamburger Betroffenheit? Liegt es vielleicht daran, dass ihre Bundestagsfraktionen lange gebraucht haben um eine einheitliche Meinung zum von uns geforderten Untersuchungsausschuss zu finden? Schade, mit einer sachbezogenen Politik könnten wir aus den Fehlern der Vergangenheit für die Zukunft lernen. Und im Übrigen, es geht auch beides – eine zeitnahe Befassung im Innenausschuss – und ein gründlicher sowie umfassender Untersuchungsausschuss!

Nicht nur in Hamburg befassen wir uns seit dem Beginn der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 hier im Parlament regelmäßig mit der Flüchtlingspolitik. Wenn es dann aber darum geht, was die Verantwortlichen besser machen können, dann wollen Sie möglicherweise erfolgte Fehlentscheidungen klein reden? Ich appelliere an Sie, wirken Sie auf ihre Parteifreunde ein und zeigen Sie Ihnen die Vorteile eines Untersuchungsausschusses auf! Es gibt tausende korrekte Entscheidungen des Bundesamtes. Für die knapp 150 Fehlentscheidungen brauchen wir in Hamburg - Aufklärung - um das Vertrauen der Gesellschaft zu stärken! Trotz der oder gerade wegen der strukturellen Probleme beim BAMF, erwarte ich vom Senat. deshalb, zeitnah in einen gründlichen Austausch mit dem Bundesamt zu gehen. Der Skandal hat uns gezeigt, dass es ein „Weiter so“ nicht geben kann. Ich erwarte, dass der Senat die Schutzquoten kritisch im Blick behält und bei Unregelmäßigkeiten nachprüft. Verfahren, in denen Personen zu Unrecht Asyl erhalten haben, bewirken einen Vertrauensverlust in unseren Rechtsstaat. Wir erwarten transparente Informationen, sobald das BAMF weitere Details mitteilt. Vielen Dank!